



## **Innenausschuss**

### **20. Sitzung (öffentlich)**

4. Juli 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 14:05 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**7**

- a) Dank (Besuch beim Spezialeinsatzkommando in Hemer)
- b) Antrag zur Änderung der Tagesordnung

Der Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 1 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und der Piratenfraktion abgelehnt.

#### **1 Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/14 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen**

**9**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/2880  
APr 16/276

– Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Haushalts- und Finanzausschuss

Der Antrag von CDU und FDP auf Durchführung einer erneuten Anhörung wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piratenfraktion abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/2880 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von FDP, CDU und Piratenfraktion angenommen.

Dem Haushalts- und Finanzausschuss wird das Abstimmungsergebnis übermittelt.

- 2 Innenminister Jäger verbietet Erwitter Feuerwehr Fluthilfe in Sachsen-Anhalt** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage) **43**

Vorlage 16/1001

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion –

- 3 Wirksame Bekämpfung von Menschenhandel nur in Verbindung mit nachhaltigen Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung der Betroffenen möglich – Richtlinienkonforme Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU** **62**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/2891

Seitens der Piratenfraktion wird eine Anhörung beantragt. Aufgrund von Terminproblemen im Zusammenhang mit den bereits angesetzten und noch geplanten Anhörungen wird die Obleuterunde am Rande des Juli-Plenums die weitere Vorgehensweise abklären.

- 4 Polizei gehört auf die Straße und nicht hinter den Schreibtisch – Polizeivollzugsdienst durch Einstellung von „Polizeiverwaltungsassistenten“ von bürokratischer Tätigkeit entlasten!** **64**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/2899

Seitens der CDU-Fraktion wird ein Sachverständigengespräch beantragt. Die Einzelheiten werden im geplanten Obleutegespräch abgeklärt.

**5 Gesetz zur Verwirklichung von Transparenz und Informationsfreiheit im Land Nordrhein-Westfalen 65**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/3248

Der Ausschuss legt die Durchführung einer Anhörung fest. Die Einzelheiten werden noch abgeklärt.

**6 Achtung! YES WE SCAN – Bürger in NRW vor PRISM und anderen Überwachungsprogrammen schützen! 66**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/3249  
Vorlage 16/998

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion –

**7 Kooperationsvereinbarung zwischen der Verbraucherschutzzentrale NRW und dem Landeskriminalamt (TOP beantragt von den Koalitionsfraktionen; siehe Anlage) 71**

– Bericht der Landesregierung

Der Bericht der Landesregierung wird in schriftlicher Form vorgelegt.

**8 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften mit Beteiligung des Landtags im Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales 72**

Vorlage 16/957

Es wird festgestellt, dass der Ausschuss den mit Vorlage 16/957 eingereichten Verordnungsentwurf zur Kenntnis genommen hat.

- 9 Meldung möglicher weiterer NSU-Taten in Nordrhein-Westfalen an die Bundesanwaltschaft** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage 1) **73**

Vorlage 16/988

In Verbindung mit:

- Bundestagsuntersuchungsausschuss beklagt lückenhaftes Videomaterial zu NSU-Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage 2) **73**

Vorlage 16/990

– Bericht der Landesregierung

– Diskussion –

- 10 Öffentlichkeit erst nach 3 Tagen über Flucht eines verurteilten Sexualstraftäters informiert** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage) **76**

Stellungnahme 16/997

– Bericht der Landesregierung

Seitens des Ministeriums für Inneres und Kommunales wird eine Nachbereitung dieses Vorfalls erfolgen.

- 11 Gewaltsamer Protest von Anti-Tagebau-Demonstranten im Hambacher Forst?** (TOP beantragt von der CDU; siehe Anlage) **77**

– Vorlage 16/989

– Bericht der Landesregierung

– ohne Diskussion –

- 12 Bleiben die Steuerzahler auf den Kosten für Räumung des Waldbesetzer-Camps im Hambacher Forst sitzen?** (TOP beantragt von der CDU, siehe Anlage) **78**
- Vorlage 16/992
  - Bericht der Landesregierung
  - ohne Diskussion –
- 13 Sachstand zur Einrichtung eines Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrums (GETZ)** (TOP beantragt von der Fraktion der Piraten) **79**
- Vorlage 16/979
  - Bericht der Landesregierung
  - Der Ausschuss diskutiert den Bericht. Über die Ergebnisse der Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz wird zeitnah berichtet.
- 14 Gibt es bald eine öffentliche „Informationsstelle gegen Extremismus“ beim NRW-Verfassungsschutz?** (TOP beantragt von den Piraten; siehe Anlage) **81**
- Vorlage 16/983
  - Bericht der Landesregierung
  - Diskussion –
- 15 Ergebnisse und Wirkung des fragwürdigen Blitz-Marathons – Teil 4 – in NRW** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **83**
- Vorlage 16/991
  - Bericht der Landesregierung
  - Diskussion –

**Verschiedenes****86**

Die nächste Ausschusssitzung findet am 12. September 2013 statt. Beginn ist bereits um 10 Uhr; das Sachverständigengespräch zum FDP-Gesetzentwurf zur Entpolitisierung der Polizei Drucksache 16/2336 ist eingebunden.

\* \* \*

**9 Meldung möglicher weiterer NSU-Taten in Nordrhein-Westfalen an die Bundesanwaltschaft** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage 1)

Vorlage 16/988

In Verbindung mit:

**Bundestagsuntersuchungsausschuss beklagt lückenhaftes Videomaterial zu NSU-Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße** (TOP beantragt von der Fraktion der CDU; siehe Anlage 2)

Vorlage 16/990

– Bericht der Landesregierung

**Vorsitzender Daniel Sieveke** teilt mit, die beiden Themen seien zeitversetzt von der Fraktion der CDU beantragt und zweckmäßigerweise zu einem Tagesordnungspunkt zusammengeführt worden. Der jeweiligen Bitte um schriftliche Stellungnahme sei die Landesregierung nachgekommen.

**Theo Kruse (CDU)** bedankt sich für die Berichte. Zu gegebener Zeit – also nach der Sommerpause – wolle man diesen Punkt noch einmal auf die Tagesordnung setzen lassen; das Thema sei auch bundesweit von Interesse.

**MDgt Wolfgang Düren (Ministerium für Inneres und Kommunales)** möchte noch einige kleine Ergänzungen vornehmen, insbesondere zu dem Bericht über das angelieferte Videomaterial. Dieses Material habe er sich angeschaut. Vor vier Wochen habe er ein Gespräch mit dem Chefermittler des PP Köln zum Anschlag in der Kölner Keupstraße geführt.

Schon häufig sei über die Diensthundeführer diskutiert worden, wer in Köln vor Ort gewesen sei, ob schlampig ermittelt worden sei usw. Auf Bitten des Polizeipräsidenten Albers habe er, Düren, nun mit dem Beamten ein Gespräch geführt, weil dieser sich in einer Situation gesehen habe, mit der er nicht gut zurechtgekommen sei.

Dieser Beamte sei ein Leistungsträger des PP Köln, er habe spektakuläre Morde aufgeklärt, im Laufe vieler Jahren eine Menge Energie investiert, um Straftaten aufzuklären. Mit seinen Kollegen habe er auch sehr viel Energie in die Aufklärung der Vorgänge in der Keupstraße gesteckt. Er leide selbst darunter, dass ihm dieser Erfolg nicht vergönnt gewesen sei.

Dieser Beamte sei als Zeuge vor den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss geladen gewesen. Dabei habe er sich subjektiv als Beschuldigter gefühlt, was er natürlich nicht gewesen sei. Er, Düren, habe dem Beamten vermittelt, dass man nicht in der Lage sei, ihn vor parlamentarischer Aufklärung zu schützen. Es gebe ein Recht und eine Pflicht zur Aufklärung. Dennoch fühlten sich die Beamten, die ihrerseits al-

les getan hätten, in einer sehr schwierigen Situation. Das sei nachvollziehbar. Daher habe er sich bereit erklärt, diesen Punkt im Innenausschuss vorzutragen.

Diese Diskussion werde an verschiedenen Stellen geführt; das Ganze habe einige Auswirkungen auf die Beamten. Auch er, Düren selbst, fühle sich mitverantwortlich für die Vorkommnisse rund um den NSU, weil die Führungskräfte in den Sicherheitsbehörden nicht geglaubt hätten, dass es eine im Untergrund operierende terroristische Gruppierung geben könnte, die sich nicht bekennt. Das sei ein Fehler gewesen.

Bei dieser Debatte gehe es um handwerkliche Fehler bei einigen Polizisten, die jedoch seiner Meinung nach alles Erdenkliche getan hätten. Er, Düren, sei ebenfalls der Überzeugung, dass die Ermittler in Köln für sich genommen keine Fehler gemacht hätten, jedoch hätte der entsprechende Oberbau gefehlt. Hierüber sei bereits ausführlich diskutiert worden.

Im Interesse des Beamten – aber sicher auch in dem des Innenausschusses – sei es ihm ein Anliegen gewesen, eine Rückmeldung von der Basis zu geben. Daher bitte er um Verständnis, dass er diesen Punkt zu so vorgerückter Stunde noch vorgetragen habe. Es sei wichtig, dass diese tatkräftigen Mitarbeiter ihre Motivation beibehielten, um weiterhin erfolgreich zu ermitteln.

(Vorsitz Andreas Kossiski [SPD])

**Verena Schäffer (GRÜNE)** hat eine Nachfrage zur Vorlage 16/988. Auf Seite 3 stehe, dass die Fälle der sogenannten Opferliste noch einmal in die Bearbeitung einbezogen würden. Sie gehe davon aus, dass damit die Liste gemeint sei, die von der „Zeit“ und anderen Medien vor etwa zwei, drei Jahren erstellt worden sei. Zivilgesellschaftliche Initiativen hätten immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass es Morde gegeben hätte, die aus ihrer Sicht klar einen rechtsextremen Hintergrund gehabt hätten.

Auch in Nordrhein-Westfalen gebe es Morde, bei denen Neonazis verurteilt worden seien, die aber nicht in die PMK-rechts einbezogen seien. Sie wolle nun wissen, ob dies damit gemeint sei und ob „in die Bearbeitung einbeziehen“ bedeute, dass die Hintergründe nochmals überprüft würden. Es sei sicherlich wichtig, diese Liste noch einmal unter die Lupe zu nehmen, insbesondere für die Opferangehörigen.

**MDgt Wolfgang Düren (Ministerium für Inneres und Kommunales)** antwortet, eine Überprüfung finde in Teilen statt. Es gebe jedoch ein Definitionsproblem. Vor einigen Jahren habe es die Morde an Polizeibeamten in Dortmund gegeben. Zwar seien diese Morde von einem Rechtsextremisten begangen worden, die Motivation sei jedoch vermutlich keine solche gewesen. Dies bestätigten auch die Gerichtsurteile.

Insofern stoße man an Grenzen der nachträglichen Überprüfung dort, wo Gerichtsurteile vorlägen, die explizit eine andere Gesinnung unterstellten. In allen anderen Fällen, wo keine Festlegung durch ein Gerichtsurteil erfolgt sei, sei man durchaus bereit, diesen Fällen noch einmal nachzugehen. Das habe man auch bereits getan.

Jedoch werde die Diskrepanz bestehen bleiben zwischen den als rechtsextrem motivierten Taten und den Taten, die von Rechtsextremisten begangen worden seien. Mit diesem Spannungsverhältnis müsse man politisch umgehen.





*Theo Kruse MdL - Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf*

Herrn  
Vorsitzenden des Innenausschusses  
Daniel Sieveke MdL

- im Hause -

*nachrichtlich: Herrn Norbert Krause, Ausschussassistent*

**DIE LANDTAGSFRAKTION**

**Theo Kruse MdL**  
**Innenpolitischer Sprecher**

Telefon (0211) 884 - 2762  
Telefax (0211) 884 - 3366

[theo.kruse@landtag.nrw.de](mailto:theo.kruse@landtag.nrw.de)

21.06.2013

## **Beantragung weiterer Tagesordnungspunkte für die Sitzung des Innenausschusses am 04.07.2013**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der CDU-Fraktion beantrage ich für die o.g. Sitzung folgende weitere Tagesordnungspunkte:

### **1.) Öffentlichkeit erst nach drei Tagen über Flucht eines verurteilten Sexualstraftäters informiert**

Wie die Rheinische Post am 14.06.2013 berichtete, soll die Polizei die Flucht eines 53-jährigen Sexualstraftäters aus einer forensischen Klinik in Viersen erst mit dreitägiger Verspätung bekannt gegeben haben, obwohl sie vom Landschaftsverband Rheinland „sofort“ über die Flucht informiert worden sei. Ein Sprecher der zuständigen Staatsanwaltschaft Hagen beklagte sich darüber mit den Worten: „Wir hätten sonst vermutlich ganz andere Möglichkeiten zur Fahndung besessen.“ Auch die in der Nähe der Klinik befindlichen Schulen und Kindergärten sollen erst Tage später per Zufall aus der Zeitung von dem Vorfall erfahren haben. Der Flüchtige hatte 1988 und 1991 Grundschulkinder sexuell misshandelt.

Die Landesregierung wird um eine ausführliche schriftliche Erläuterung des Informationsverhaltens der Polizei bei entsprechenden Vorfällen im Allgemeinen sowie im konkreten Fall gebeten.

### **2.) Meldung möglicher weiterer NSU-Taten in Nordrhein-Westfalen an die Bundesanwaltschaft**

Die Bundesanwaltschaft hatte im Zuge ihrer Ermittlungen gegen die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bereits Ende 2011 alle Länder aufgefordert, bislang ungeklärte Fälle zu melden, die im Zusammenhang mit dem NSU stehen könnten. Im Rahmen der Vernehmung des mutmaßlichen NSU-Unterstützers Carsten S. stellte sich kürzlich heraus, dass möglicherweise jedoch nicht alle in Frage kommenden Fälle an die Bundesanwaltschaft übermittelt wurden ([tagesschau.de](http://tagesschau.de) vom 12.06.2013).

**CDU-Landtagsfraktion**  
**Nordrhein-Westfalen**

**Platz des Landtags 1**  
**40221 Düsseldorf**

[www.cdu-nrw-fraktion.de](http://www.cdu-nrw-fraktion.de)

Die Landesregierung wird daher um eine schriftliche Auflistung sämtlicher ungeklärter Fälle gebeten, die in diesem Zusammenhang aus Nordrhein-Westfalen an die Bundesanwaltschaft gemeldet worden sind.

### **3.) Gewaltsamer Protest von Anti-Tagebau-Demonstranten im Hambacher Forst?**

Nach einem Bericht der BILD-Zeitung vom 15.06.2013 sollen die Anti-Tagebau-Demonstranten im Hambacher Forst bereits mehrfach heimtückische Angriffe auf RWE-Mitarbeiter verübt haben. In den vergangenen sieben Wochen hätten die Aktivisten mindestens vier Mal ein Seil mit angeknöteten Backsteinen über die Oberleitung der Hambach-Bahn geworfen. Die Backsteine hätten jeweils die Windschutzscheibe der Führerkabine von durchfahrenden Bahnen durchschlagen; nur durch Glück sei niemand verletzt worden. Die Besetzer würden zudem große Äste und Steine auf die Gleise legen, so dass die Züge entgleisen könnten. Inzwischen seien zahlreiche Ermittlungsverfahren gegen die Demonstranten anhängig, in diesem Zusammenhang ist von „Schlägen, Tritten und Steinwürfen gegen RWE-Mitarbeiter“ die Rede. Zuletzt habe die Polizei am 11.06.2013 einschreiten müssen, weil RWE-Mitarbeiter von 10 bis 15 Vermummten attackiert worden seien.

Die Landesregierung wird um einen ausführlichen schriftlichen Bericht zu den Vorfällen sowie um eine Bewertung der Protestaktionen gebeten. In diesem Zusammenhang soll auch mitgeteilt werden, wie viele Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Protesten im Hambacher Forst bislang insgesamt eingeleitet worden sind und welche Tatvorwürfe diesen Verfahren jeweils zu Grund liegen bzw. lagen.

### **4.) Bleiben die Steuerzahler auf den Kosten für Räumung des Waldbesetzer-Camps im Hambacher Forst sitzen?**

Laut dpa-Meldung vom 12.06.2013 wird der Steuerzahler auf den Kosten für die Räumung des Protestcamps im Hambacher Forst sitzenbleiben. Ein von der Polizei in Auftrag gegebenes Gutachten einer Rechtsanwaltskanzlei komme zu dem Schluss, dass es keinen Anspruch auf eine Kostenerstattung gebe.

Die Polizei hatte im November in einem tagelangen Großeinsatz ein Protestcamp von Tagebauegnern in einem Waldstück am Tagebau Hambach geräumt. Dabei waren Kosten in Höhe von 230.000 Euro entstanden, nachdem sich ein Waldbesetzer in unterirdischen Gängen ein tagelanges „Katz-und-Maus-Spiel“ mit Polizei und Rettungskräften geliefert hatte. Kurz vor seiner Bergung hatte der Öko-Rebell sogar die Sicherungshölzer umgestoßen, die von den Einsatzkräften zur Stabilisierung des Tunnelsystems angebracht worden waren und sich und seine Retter dadurch in erhebliche Gefahr gebracht.

Die Landesregierung wird gebeten, im Wege eines schriftlichen Berichts zu den Ergebnissen des o.g. Gutachtens Stellung zu nehmen. Dabei soll insbesondere auch mitgeteilt werden, inwieweit sich aufgrund polizeilicher/staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen oder sonstiger Erkenntnisse Tatsa-

chen ergeben, die die Durchsetzung von Ansprüchen Erfolg versprechend erscheinen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Theo Kruse'. The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Theo Kruse MdL





*Theo Kruse MdL - Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf*

Herrn  
Vorsitzenden des Innenausschusses  
Daniel Sieveke MdL

- im Hause -

*nachrichtlich: Herrn Norbert Krause, Ausschussassistent*

**DIE LANDTAGSFRAKTION**

**Theo Kruse MdL**  
**Innenpolitischer Sprecher**

*Telefon (0211) 884 - 2762*  
*Telefax (0211) 884 - 3366*

*theo.kruse@landtag.nrw.de*

24.06.2013

## **Beantragung eines weiteren Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Innenausschusses am 04.07.2013**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der CDU-Fraktion beantrage ich für die o.g. Sitzung folgenden weiteren Tagesordnungspunkt:

### **Bundestagsuntersuchungsausschuss beklagt lückenhaftes Videomaterial zu NSU-Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße**

In der ZDF-Sendung „heute journal“ wurde am 21.06.2013 über Videomaterial berichtet, das belegt, dass zahlreiche Zeugen die beiden Rechtsterroristen Mundlos und Bönhardt auf ihrem Weg zum Tatort des Nagelbombenanschlags am 09.06.2004 in der Kölner Keupstraße gesehen haben. Eine Sequenz zeigt einen Mann, der den NSU-Terroristen Bönhardt beobachtet. Auf einem weiteren Ausschnitt scheint derselbe Mann dem Rechtsterroristen auf dessen Rückweg vom Tatort zu folgen. Zwischen beiden Sequenzen fehlen jedoch zehn Minuten.

Gegenüber dem ZDF hätten Ermittler angegeben, dass es sich bei dem Mann lediglich um einen Passanten handle, der bereits vor Jahren als Zeuge befragt worden sei. Abgeordnete des Bundestagsuntersuchungsausschusses seien über das nun aufgetauchte Videomaterial verärgert: Ihnen lägen bislang nur wenige Minuten aus dem mehrstündigen Band vor.

Die Landesregierung wird um einen ausführlichen schriftlichen Bericht zu dem Videomaterial gebeten. Darin soll insbesondere Stellung zu folgenden Fragen genommen werden:

1. Hat das nordrhein-westfälische Innenministerium dem NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages und dem Generalbundesanwalt das Videomaterial der Überwachungskameras aus der Keupstraße vollständig zur Verfügung gestellt? Wenn ja: Wann? Wenn nein: Warum nicht?

2. Ist der Landesregierung die Identität des Mannes bekannt, der in dem Video auf der Treppe sitzt, den NSU-Terroristen Bönhardt vorbeigehen sieht und ihn auf dessen Rückweg vom Tatort zu verfolgen scheint?
3. Ist dieser Mann je von der nordrhein-westfälischen Polizei vernommen worden? Wenn ja: Wann und mit welchem Ergebnis? Wenn nein: Warum nicht?
4. Liegen dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz Erkenntnisse über diesen Mann vor? Wenn ja: Seit wann und welche Erkenntnisse sind dies?
5. Besteht nach den Erkenntnissen der Landesregierung eine Verbindung dieses Mannes zu den NSU-Terroristen Bönhardt, Mundlos und Zschäpe?
6. Ist es zutreffend, dass in dem Videomaterial aus der Keupstraße, das der Generalbundesanwaltschaft und dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages vorliegt, zehn Minuten fehlen? Wenn ja: Warum?
7. Ist dem nordrhein-westfälischen Innenministerium der Inhalt der fehlenden zehnminütigen Videosequenz bekannt?
8. Sind weitere der in dem Video zu sehenden Zeugen je von der nordrhein-westfälischen Polizei vernommen worden? Wenn ja: Wann und mit welchem Ergebnis? Wenn nein: Warum nicht?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Theo Kruse'.

Theo Kruse MdL